

SYNOPSIS

der Antworten zum Fragenkatalog zur

Konzeption

„Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

(Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die
Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011)

**Stand: 1. Juni 2012
zusammengestellt von H. Roth**

1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?

BStU:

Eingedenk kontroverser Diskussionen zwischen Opfergruppen an anderen Erinnerungsorten mit „doppelter Vergangenheit“ und aufgrund der Spezifika der jeweiligen Diktaturen und ihrer Folgen für Deutschland sollte gleich im ersten Leitsatz [...] möglichst nicht eine durchgängige Diktaturperiode angestimmt werden. Vielmehr sollten die Phasen 1933-1945 und 1945-1989 immer einzeln benannt werden.

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.:

[...] Beim Studium der Konzeption ist uns eine sehr starke Schwerpunktsetzung auf die Zeiträume der Nutzung des Gebäudes als sowjetisches Geheimdienstgefängnis und später als Untersuchungsgefängnis der Stasi aufgefallen. [...] Vor diesem Hintergrund haben wir Zweifel, ob die [...] Prämisse, die NS-Verbrechen durch die Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen und des Unrechts in der DDR nicht zu relativieren, [...] tragender Grundsatz [...] ist. Auch der Titel "Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert" ist nach Auffassung unserer Bundesvereinigung ungeeignet, der [...] Prämisse gerecht zu werden, weil er bei zwei grundsätzlich verschiedenen Verfolgungszeiträumen das Gemeinsame betont, statt nötige Differenzierungen vorzunehmen.

Dr. Petra Fuchs, Charité - Institut für Geschichte der Medizin und totgeschwiegen e.V.

[...] Mit der [...] geplanten Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus wird es der Gedenkstätte Lindenstraße endlich möglich sein, ihr Potential, die „mehrfache Vergangenheit“ dieses „authentischen“ historischen Erinnerungsortes, auszuloten und produktiv zu machen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn das nationalsozialistische Regime und die DDR nicht vereinfachend gleichgesetzt und die Singularität des NS vernachlässigt wird. [...]

Fördergemeinschaft Lindenstraße 54:

Die für die zukünftige Struktur der Gedenkstätte vorgestellte Konzeption wird überwiegend für durchführbar gehalten und befürwortet. [...]

Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.:

[...] Wir schließen uns der in der Prämisse zum Ausdruck gebrachten Position nachdrücklich an.

Fraktion BürgerBündnis der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Die Konzeption ist umfangreich und ausgewogen, sie erhält unsere volle Zustimmung.

Fraktion Die Andere der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

In der Konzeption [...] wird diese Epoche [1933 und 1945] der Geschichte des Hauses in erschreckendem Maße vernachlässigt. [...] Die gesamte Konzeption ist von der totalitarismustheoretischen Grundannahme durchzogen, dass das NS-Regime, die Sowjetunion und die DDR wesensgleiche Diktaturen sind. [...] Unsere Fraktion erwartet von einer seriösen Gedenk- und Erinnerungsstätte, dass in den Ausstellungsteilen deutlich wird, dass die Nutzung nach 1945 ursächlich auf die Verbrechen Nazideutschlands bis 1945 zurückzuführen ist. Dazu sollte differenziert dargestellt werden, dass nach 1945 [...] auch zahlreiche NS-Täter/innen in der Lindenstraße inhaftiert wurden.

Fraktion Potsdamer Demokraten der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Wir halten das Konzept für die Gedenkstätte Lindenstr. 54 grundsätzlich für gelungen [...]. Dabei sollte es aber nicht zu einer Schwerpunktsetzung bei der Nazi-Phase kommen [...]. Den Opfern

wird ausreichend Platz eingeräumt, jedoch fehlen zu den Tätern Angaben. [...]

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Brandenburg Katte e.V.:

Wir begrüßen die vorgelegte Konzeption zur Gedenkstätte Lindenstraße 54/55. Im Bereich der Profilbeschreibung [...] ist die Bedeutung des Hauses in der Friedlichen Revolution allerdings sehr unvollständig beschrieben [...]. Gerade der Aspekt demokratischen Handelns sollte [...] Schwerpunkt sein, denn diese „Einmischung in eigener Sache“ gilt es künftigen Generationen zu vermitteln [...].

Eberhard Radczuweit (KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V.):

[...] In Ihrem Projektpapier wird die Prämisse genannt, NS-Verbrechen nicht durch die Aufarbeitung von DDR-Unrecht zu relativieren. Doch diese Relativierung ist bereits im Namen des Ganzen vorgegeben „für die Opfer politischer Gewalt des 20. Jahrhunderts“. [...] Überlebende und Nachkommen der NS-Opfer zu beleidigen, indem man sie museal auf eine Ebene setzt mit Gefangenen einer NKWD- oder Stasi-Haftanstalt, ist unanständig. Es könnte der Verdacht entstehen, die Projektanten für die Neugestaltung folgen dem Paradigmenwechsel postsozialistischer Länder, der [...] zur Relativierung der NS-Verbrechen bis hin zur Entlastung einer Tätergruppe führte [...]. Sie [die Arbeitsgruppe zur Umgestaltung der Gedenkstätte] möge sich [...] der Gefahr von missbräuchlicher Interpretation bewusst sein, wenn sie auf der bisherigen Begrifflichkeit beharrt.

MEMORIAL Deutschland e.V.

[...] der gedenkstättenpolitische Anspruch, wie er in der vorliegenden Konzeption zur Gedenkstätte Lindenstraße 54 zum Ausdruck gebracht wird, [deckt sich] mit dem unsrigen in weiten Teilen [...].

Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam:

[...] Grundsätzlich ist die Konzeption einer Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert und die friedliche Revolution am historischen Ort Lindenstraße sachlich und inhaltlich angemessen. [...] das Konzept [enthält] doch einige Formulierungen zu den Prämissen der Arbeit, die überprüft werden sollten. [...] Es empfiehlt sich, auf [den] hochgradig umstrittenen Begriff [Festigung des „antitotalitären Konsens“] im Gedenkstättenkonzept zu verzichten und den Bezug auf die positiven Verfassungswerte – Demokratie und Menschenrechte – voranzustellen. [...] Das Konzept sollte in den schwierigen Fragen der Differenzierung der einzelnen „Module“ noch gestärkt werden. Insbesondere die These[...] einer „Kontinuität politischer Verfolgung und Gewalt“ ist irreführend und bedarf einer Präzisierung, Differenzierung oder Ersetzung. [...] Dabei muss der qualitative Unterschied zwischen Gewalt, Repression und Diktatur in der SBZ und DDR und der systematischen und aktiven Massenvernichtung des nationalsozialistischen Regimes hervorgehoben werden.

SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

[...] Die Erinnerung an [die] dunkle Vergangenheit mit politischer Verfolgung und Gewalt sollte Mittelpunkt der Konzeption der Gedenkstätte sein und dies ist mit dem vorliegenden Entwurf "Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert" [...] gelungen.

SPD-Landtagsfraktion Brandenburg:

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Konzeption "Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert". [...] Wir sehen die in der Konzeption formulierte Prämisse [...] als unverzichtbare Bedingung, um den verschiedenen Vergangenheiten des Ortes gerecht zu werden. [...]

Stiftung Topographie des Terrors:

Eine historische Beschreibung, die eine klare Darstellung der verschiedenen ideologischen Grundlagen, der Repressionsapparate und die unterschiedlichen Verfolgungs- und Haftgruppen darstellt, müsste über das vorliegende Papier hinaus erarbeitet werden. Neben der qualitativen

Unterscheidung ist eine quantitative Darlegung der Verfolgten zu den verschiedenen Haftgruppen [...] notwendig. Hier liegt ein Widerspruch in der vorliegenden Konzeption vor [...]. [...] Die Begrifflichkeiten „Gedenkort“, „Erinnerungsort“ und „Lernort“ müssen in ihrer unterschiedlichen inhaltlichen Ausformung genauer definiert werden. [...]

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft und Lagergemeinschaft Workuta / Gulag Sowjetunion:

[...] [Wir fordern] bei der Gestaltung der Gedenkstätte Lindenstraße eine enge Zusammenarbeit zwischen Zeitzeugen und Historikern. Dies sollte ein Schwerpunkt bereits in der Konzeption sein [...]. In einigen Passagen der vorliegenden Konzeption scheint uns die bisherige Mitarbeit der Opferverbände und einzelner Opfer an der Gestaltung der Gedenkstätte Lindenstraße zu kurz zu kommen. [...] Im übrigen stehen wir hinter den in der Konzeption genannten Prämissen und Zielsetzungen.

Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.:

Die in der Konzeption unter Punkt I dargestellten Prämissen und Zielstellungen für die Arbeit der Gedenkstätte finden unsere Zustimmung. Wir befürchten allerdings, dass sich mit der angestrebten Organisationsstruktur diese Zielstellung nicht oder nur teilweise erfüllen lassen.

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V.:

Konzeption 1., Seite 4 (Aufgaben der Gedenkstätte), Ergänzung: Zeitzeugengespräche als Form der Vermittlung

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) Landesverband Berlin-Brandenburg:

[...] [...] selektives Verdrängen einer der drei Vergangenheiten kann keine Basis ehrlichen Gedenkens an die anderen sein. [...] Die in der Konzeption genannte Prämisse [...] sehen wir als eine notwendige Voraussetzung an, uns in dieses Wagnis zu begeben, als einen Konsens, zu dem sich alle bekennen müssen, die sich beteiligen wollen. [...] Es muss auch ein Diskurs darüber möglich sein, welche funktionalen Kontinuitäten und Diskontinuitäten sich gerade in diesem Gebäude in der Lindenstraße in den drei Vergangenheiten manifestieren und wie in der nachfolgenden Phase mit der/den vorangegangenen umgegangen worden ist. [...]

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. Land Brandenburg:

Die Bezeichnung "Haus des Terrors" [...] lehnen wir ab. [...] Mit der Wahl des Namens "Haus der Terrors" soll die Lindenstraße in einen überregionalen, (ost)europäischen Gedenkstätten-Zusammenhang gestellt werden, der eine ähnlich blutige und grausame Verfolgungsgeschichte wie in machen anderen europäischen Nachbarländern suggeriert. [...] Die stalinistische Repression, die in der DDR einsetzte, war wesentlich unblutiger als in anderen Ländern. Die Gleichsetzung dieser Geschichtsepochen [...] spricht jener Opfer in diesen Ländern Hohn. [...] Bei der Beschreibung der Zielgruppen fehlen die NS-Verfolgten und ihre Angehörigen. Es finden sich lediglich die Verfolgtenorganisationen der Nachkriegszeit. [...] Wir vermissen die Einbeziehung der ersten Generation [der NS-Verfolgten] und die ausdrückliche Hinwendung an deren Angehörige als Besuchergruppe. [...] [Wir] fordern erneut die Trennung der Gedenkorte [...]. Nach wie vor lehnen die NS-Verfolgten das gemeinsame Gedenken mit nach 1945 in der Lindenstraße Inhaftierten ab, da sich unter diesen auch Funktionsträger des Dritten Reiches befanden. [...] Wir wünschen uns darüber hinaus die Verdeutlichung der Rolle des Hauses in der Lindenstraße als Beginn des Weges durch die KZs des NS. [...]

2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?

BStU:

[...] das reine Gedenken an die Opfer tritt im Zeitverlauf sukzessive zurück hinter die Geschichtsvermittlung. Als Gedenkort muss auf der Würdigung des Schicksals der Opfer, aber auch des Mutes der Menschen, die sich widersetzen, das besondere Augenmerk liegen. [...] Insofern wird das Lernen am authentischen Ort und historisch-politische Aufklärung an Bedeutung gewinnen. Dabei gilt es, den Charakter eines Gedenkortes zu wahren [...].

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.:

Dass das Ausstellungsmodul zur Zeit des Nationalsozialismus mehrfach verschoben und bis heute noch nicht abgeschlossen wurde, ist ein erhebliches Defizit [...]. [...] Bis heute fehlt für die Opfer des Naziregimes in der Lindenstraße 54/55 ein würdiger Gedenkort. Die Plastik „Das Opfer“ im Gefängnishof kann durch uns nicht genutzt werden, weil sie pauschal an alle Opfer erinnert und damit auch NS-Täter einschließt, die nach Kriegsende 1945 in der Lindenstraße inhaftiert wurden. [...]

Dr. Petra Fuchs, Charité - Institut für Geschichte der Medizin und totgeschwiegen e.V.:

Das erklärte Ziel, das „Gedenken an das menschliche Leid der Verfolgten und Opfer wachzuhalten“, ist für die sehr heterogene Gruppe der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen bisher noch nicht eingelöst. [...] Im Kontext adressatenspezifischer Konzepte [...] ist es notwendig, Menschen mit (geistigen) Behinderungen und psychischen Erkrankungen sowie sozial Benachteiligte bzw. Jugendliche und Erwachsene aus bildungsfernen Milieus, Menschen mit Migrationshintergrund und jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft als weitere Zielgruppen zu berücksichtigen[...]. Für ein inklusives Angebot [...] muss die Gedenkstätte barrierefrei zugänglich sein. [...] Perspektivisch anzustreben wäre der Ausbau der Gedenkstätte zu einem Forschungsort. [...] Die bestehende Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung sollte entsprechend weitergeführt und ausgebaut werden.

Fördergemeinschaft Lindenstraße 54:

[...] Die Arbeit in der Gedenkstätte wird sich nach Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus entscheidend verändern. Bei der zukünftigen Arbeit wird dann nicht mehr die wissenschaftliche Erforschung, sondern die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse im Vordergrund stehen, d.h. die Alltagsarbeit einer Gedenkstätte [...]. [...] Gerade den Generationen, die Gott sei Dank die Diktatur nicht mehr erlebt haben, muss die freiheitlich demokratische Grundordnung als unumstößliches Wertesystem vermittelt werden.

Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.:

[...] [Wir plädieren] für eine Modularisierung und Differenzierung des Bildungs- und Vermittlungsangebots, [...]. [...] Mittelfristig könnte [...] über die Umsetzung berufsgruppenspezifischer Bildungsangebote nachgedacht werden, [...]. [...] Daneben muss unbedingt ein fremdsprachliches Angebot realisiert werden. [...] Wir empfehlen eine barrierefreie Gestaltung der Ausstellung [...]. [...] [Wir schlagen] vor, die Dauerausstellung um Aspekte der (juristischen) Aufarbeitung von Verbrechen und Unrecht zu ergänzen und auch die Gruppe(n) der Täter in angemessener Form in die Darstellung einzubeziehen. Bestärken möchten wir die Gedenkstätte [...], die Arbeit mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auszuweiten, [...] auch im Sinne einer aktiven Rolle als Ort für Vernetzung und Austausch im Rahmen eigener Veranstaltungen.

Fraktion BürgerBündnis der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Wir sehen keine Defizite in der Konzeption, der Schwerpunkt in der Gedenkstätte soll die DDR-Diktatur sein.

Fraktion Die Andere der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Die Darstellung der NS-Verfolgung muss in der Gedenkstätte endlich Priorität erhalten.

Fraktion Potsdamer Demokraten der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

[Es sollten] spezifische Programme entwickelt werden, die sich an dem wachsenden Interesse an der politischen Zeitgeschichte orientieren.

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Brandenburg Katte e.V.:

Aus unserer Sicht sollte [das klare Profil der Gedenkstätte] den Zeitraum 1945 bis 1990 beinhalten. [...] Deshalb müsste [...] der Übergang von staatlicher Willkür und Diktatur zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft im Fokus stehen. Alle anderen Themen die mit staatlicher Repression und Verfolgung zu tun haben, kann man in wechselnden Ausstellungen berücksichtigen. [...] Defizite sehen wir nur in Teilbereichen, die bisher noch nicht bzw. zu wenig berücksichtigt wurden bzw. erst noch genauer erforscht werden müssen [Verfolgung homosexueller Männer in der Zeit des Erbgesundheitsgerichts]. Auch ist die Darstellung der Arbeit aus der Zeit der friedlichen Revolution bisher noch sehr verbesserungswürdig. [...] [W]ir [finden] es auch sehr wichtig, dass dort regelmäßig Kunst und Kultur stattfinden, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. [...] es muss ein offener, lebendiger Ort geschaffen werden, an dem man wie in den anderen Gedenkstätten keinen Eintritt zahlen muss.

MEMORIAL Deutschland e.V.:

[...] Wir wünschen uns in der Lindenstraße ein offenes Haus, das die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen selbstverständlich in seine Arbeit einbezieht, bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und eine wissenschaftlich fundierte Bildungs- und Vermittlungsarbeit anbietet. [...]

Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam:

[...] Eine Ergänzung der Ausstellung in der Lindenstraße für die Zeit von 1933-1945 ist [...] vordringlich. [...] Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Verfolgung im Zusammenhang mit dem Erbgesundheitsgericht gelegt werden [...] Bei der Konzeption dieses Ausstellungsbereichs ist von vornherein auf barrierefreien Zugang zu achten. Bei der politischen Verfolgung sollte der Widerstand in seiner ganzen Breite wahrgenommen und anhand der hier inhaftierten bzw. verurteilten Personen skizziert werden. Das MMZ empfiehlt, eine besondere Aufmerksamkeit der Gruppe *Gemeinschaft für Frieden und Aufbau* zu widmen. [...] Vertiefungen im regionalen Kontext bieten sich an. [...] Das MMZ würde es begrüßen, wenn im Rahmen des NS-Moduls auch die Verfolgung jüdischer Potsdamerinnen und Potsdamer auf geeignete Weise präsentiert würde.

SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

[...] Auftrag und Ziel der Gedenkstätte sind [...] klar umrissen. Als Gedenk-, Erinnerungs-, und Lernort hat die Gedenkstätte Lindenstraße vielfältige Aufgaben und Zielgruppen. Der Schwerpunkt liegt - zu Recht - bei der (wissenschaftlichen) Aufarbeitung und der Erinnerung an die Opfer der Gewalt. [...] Ein [...] pädagogisches Programm (mit hohem Empathiegehalt) sollte ein weiterer Schwerpunkt für die Arbeit der Gedenkstätte sein. Mittelfristig ist die Einbeziehung von internationalen Besuchern eine wichtige Aufgabe.

SPD-Landtagsfraktion Brandenburg:

Als Gedenk- und Erinnerungsort mit mehrfacher Vergangenheit scheint uns eine allzu starre Schwerpunktsetzung nicht angezeigt. Vielmehr bietet die Gedenkstätte [...] die Möglichkeit, sowohl die Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts als auch die Überwindung der Diktatur zu dokumentieren. [...] Hier muss mit Betroffenen, Zeitzeugen und Wissenschaftlern nach tragfähigen und möglichst von allen Beteiligten akzeptierten Lösungen gesucht werden.

Stiftung Topographie des Terrors:

Defizite bestehen in der heutigen Arbeit der Gedenkstätte sowohl in der Darstellung des historischen Ortes im Zusammenhang mit der NS-Justiz als auch der Zwangssterilisation während

der NS-Zeit. [...] Inhaltlich und museologisch müssen die unterschiedlichen Verbrechenssysteme so dargestellt werden, dass es zu keiner Vermischung der unterschiedlichen Staatsverbrechen kommt. [...] Es ist darauf zu achten, dass die verschiedenen Opfergruppen durch die historische Darstellung und Bildungsarbeit weder in ihrer Würde verletzt noch zu Objekten heutiger politischer Forderungen werden. Vor diesem historischen Hintergrund eine nachhaltige historisch-politische Bildung [...] aufzubauen, die sowohl die Verschiedenheiten deutlich benennt, als auch Formen der Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte, die nicht in eine Gleichsetzung münden darf, leistet, ist eine besondere Herausforderung, für die dem Ort angemessene Inhalte und Methoden erst noch erarbeitet werden müssen.

Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.:

Einer der Hauptstreitpunkte [...] ist das unzureichende Wissen über die tatsächliche Verstrickung der unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg durch die sowjetischen Streitkräfte und Sicherheitsorgane inhaftierten Personen in die NS-Herrschaft. Mit der Aufarbeitung dieses Themenbereiches könnte die Gedenkstätte zukünftigen Pauschalisierungen Vorschub leisten und ihre Unabhängigkeit tatsächlich unter Beweis stellen.

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V.:

Die finanzielle Ausstattung der zuk. Stiftung muss umfassend gesichert sein. Bisher gibt es [...] z.B. im techn. Bereich Defizite (techn. MA, Ausstattung des Veranstaltungssaales, Reinigung des gesamten Gebäudekomplexes). Der Alltag der Häftlinge beim MfS wird unzureichend dokumentiert: Aufnahmezelle, Küche, Bibliothek, Arzt, Arrest im Keller. [...] Die Herstellung der bisherigen Räumlichkeiten sollte auf Authentizität entsprechend des hist. Zeitabschnittes überprüft werden.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) Landesverband Berlin-Brandenburg:

[...] Bevor nach neuen Wegen bei der Arbeit mit Zeitzeugen gefragt wird, sollte auf die Erfahrungen der letzten 20 Jahre in Potsdam und an anderen Orten zurückgeblickt werden. Dazu könnte auch ein Erfahrungsaustausch in der Zeitzeugenarbeit mit Gedenkstätten in Hohenschönhausen, Bautzen II und in anderen ostdeutschen Bundesländern dienen. [...] Zeitzeugen sollten nicht das Gefühl haben, als Statisten der Historiker betrachtet werden, sondern sie sollten zu einer aktiven Mitgestaltung eingeladen werden. [...] Es sollte überlegt werden, ob sich die Gedenkstätte mehr als bisher als Kontakt-, Treff- und Kommunikationspunkt anbieten könnte.

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. Land Brandenburg:

Wir als NS-Verfolgtenorganisation sehen einen großen Forschungsbedarf zur NS-Geschichte. [...] zur Lindenstraße und deren Insassen im Zeitraum 1945 ff. [ist] bisher keine personenbezogene Forschung geleistet worden. [...] [Wir wünschen] uns eine Geschichtsdarstellung, welche die Gründe für die Anwesenheit des sowjetischen Geheimdienstes in Potsdam erklärt - damit meinen wir deutliche Verweise auf den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und die Menschenrechts- und Kriegsverbrechen, die Deutsche zwischen 1941 bis Anfang 1945 dort begangen haben. [...]

3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?

BStU:

Seit geraumer Zeit begegnen Gedenkstätten/ Museen dem fortschreitenden Verlust von Zeitzeugen mit wissenschaftlich vorbereiteten Interviews, die audio-visuell aufgezeichnet, verschriftlicht und archiviert werden. Mit dieser probaten Methode kann zumindest ein Informationsverlust aufgefangen werden. [...] Die Bedeutung von gut vor- und nachbereiteten Gesprächen mit Zeitzeugen [...] kann kaum hoch genug eingeschätzt werden.

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.:

[...] Der Verlust von Zeitzeugen ist nach unserer Auffassung nicht zu ersetzen. [...] Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch in der Lindenstraße 54/55 künftig Zeitzeugengespräche mit während der NS-Zeit Verfolgten als Videodokumentationen verwendet werden. [...] Aus unserer Sicht müssten die Prioritäten schon wegen des hohen Alters der NS-Opfer auf die Erstellung dieser Interviews und die Sicherung der Lebenserinnerungen für unsere Opfergruppen gerichtet sein.

Dr. Petra Fuchs, Charité - Institut für Geschichte der Medizin und totgeschwiegen e.V.:

[...] Eine naheliegende, aber nicht erschöpfende Möglichkeit, das fehlende direkte Zeugnis zu „ersetzen“, besteht im Rückgriff auf Film- und Tondokumente, in denen sich Zeitzeug_innen noch zu ihren Lebzeiten geäußert haben. [...] Allerdings ließe sich grundlegender feststellen, dass die „Zukunft der Erinnerung“ [...] darauf gerichtet sein wird, einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit des Erinnerns an die NS-Verbrechen zu befördern. [...]

Fördergemeinschaft Lindenstraße 54:

[...] gilt es die noch vorhandenen Zeitzeugen besonders intensiv in die Arbeit einzubinden sowie ihre Berichte über das ihnen zugefügte Leid und die politische Verfolgung für die Zeit festzuhalten, wenn sie nicht mehr selbst zur Verfügung stehen werden. [...]

Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.:

[...] Wir sind davon überzeugt, dass biografische Zugänge [...] auch weiterhin eine große Rolle für die Ausstellungs- und Bildungsarbeit von Gedenkstätten spielen werden. Wir treten für einen pragmatischen Umgang mit der zukünftigen Normalität einer unvermeidlichen Lückenhaftigkeit ein und für eine gründliche Recherche persönlicher Dokumente [...], die [...] über spezifische Qualitäten für die Dokumentation von Lebensgeschichten verfügen. Zentrales Anliegen der Gedenkstättenarbeit [...] sollte es sein, dass die Besucherinnen und Besucher [...] aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft lernen können und dafür [...] Handlungskompetenzen und Werte erwerben.

Fraktion BürgerBündnis der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Die historisch einmalige Gedenkstätte mit ihren Alleinstellungsmerkmalen und ihrer stark überregionalen Ausprägung nimmt einen sehr hohen Stellenwert bei der Bildung [der] Nachwendegeneration ein. Das Angebot der Gedenkstätte soll stärker von Schulen und Bildungseinrichtungen genutzt werden, um die Zeitzeugenberichte der jungen Generation nahe zu bringen. [...] Den Zeitzeugen ist die volle Aufmerksamkeit entgegen zu bringen und ihre Erlebnisse sind in geeigneter Form zu dokumentieren und zu veröffentlichen [...].

Fraktion Die Andere der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

[...] die Sicherung von Zeitdokumenten und die Anfertigung von Interviews [muss] vorrangig für die NS-Opfer unverzüglich erfolgen.

Fraktion Potsdamer Demokraten der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Aus der Nazi-Phase sind vermutlich keine Zeitzeugen mehr vorhanden. Umso mehr Bedeutung kommt der Dokumentationsarbeit der Zeitzeugen aus der Zeit nach 1945 zu. Hier sind deutliche Schwerpunkte zu setzen, damit nicht noch mehr Wissen, Erfahrung und Erinnerung untergeht.

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Brandenburg Katte e.V.:

[...] [Wir halten] es [...] für wichtig, gerade die Stimmen/Filme/Dokumentationen von den Aktiven der Wendezeit zu sammeln und zu bewahren. [...]

SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Angesichts des Alters der Zeitzeugen sollte in den nächsten Jahren das Hauptaugenmerk auf der verstärkten Dokumentation der autobiografischen Erzählungen gelegt werden.

Stiftung Topographie des Terrors:

[...] [Hinterlassenschaften der Überlebenden – Protokolle, Berichte, A/V-Aufnahmen, Objekte] müssen sowohl bewahrt als auch didaktisch aufbereitet werden. Hierzu sind die räumlichen Voraussetzungen für eine angemessene Aufbewahrung, als auch die personellen Voraussetzungen für eine Katalogisierung und didaktische Aufbereitung zu schaffen.

Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.:

Es ist dringend notwendig den Verlust der Zeitzeugen durch Sicherung von audiovisuellen Zeugnissen von Zeitzeugen zu sichern. Hier sollte der Schwerpunkt zunächst vorrangig auf die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit gelegt werden.

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V.:

Interviews mit Zeitzeugen sollten dokumentiert werden, um diese Aufnahmen später einsetzen zu können. Da die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ bisher als einzige Einrichtung innerhalb der Gedenkstätte ein den aktuellen Erfordernissen angeglichenes Bildungsangebot [...] für Jugendliche und Pädagogen unterbreitet, ist es dringend erforderlich, dass diese innerhalb einer zukünftigen Stiftung finanziell [...] gefördert und als Institution fest verankert wird.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) Landesverband Berlin-Brandenburg:

Das Problem, dass die Zeitzeugen nur für eine begrenzte Zeit bereitstehen, ist uns aus der eigenen praktischen Arbeit nur zu gut bekannt. Es bedarf hier dringlicher Anstrengungen, um Zeitzeugnisse auch für künftige Generationen zu erhalten. Das gilt in ganz besonderer Weise für Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus, gewinnt aber auch schon für die nachfolgende Zeit an Dringlichkeit.

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. Land Brandenburg:

Die Überlebenden des NS sind in der historisch-vermittelnden Arbeit nicht zu ersetzen. [...]

4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.

BStU:

Der BStU kann zu finanziellen Fragen des Landes oder der Kommune grundsätzlich keine Stellung nehmen.

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.:

In Erwartung einer einvernehmlichen Regelung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, empfehlen wir die Einbindung der Gedenkstätte in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (SBG). [...]

Fördergemeinschaft Lindenstraße 54:

Es wird [...] ein kommunales Stiftungsmodell für sinnvoll erachtet[...]. Dieser Weg sollte nunmehr zügig umgesetzt werden. Die hierfür erforderlichen Schritte sind [...] weder rechtlich noch tatsächlich schwierig. Allein der Stiftungszweck bedarf einer klaren und unmissverständlichen Formulierung, die auch mit den Stadtverordneten abgestimmt werden muss. Die Trägerschaft sollte bei der Stadt Potsdam verbleiben. Eine Anbindung an die Gedenkstättenstiftung des Landes wird mit Nachdruck abgelehnt. Auch ein Verbindung der Gedenkstätten Leistikowstraße und Lindenstraße erscheint nach den bisherigen Erfahrungen nicht sinnvoll.

Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.:

[...] Wir begrüßen die Entscheidung, die Gedenkstätte aus der Trägerschaft des Potsdam Museum zu lösen und ihr damit ein eigenständiges Profil und ein größeres Maß an Selbständigkeit zu verleihen. Sollte [die Einbettung in bestehende überregionale bzw. landesweite Strukturen] eine Beschneidung von Kompetenzen oder eine Verengung der Perspektive bedeuten, sprechen wir uns dagegen aus. Wir wünschen uns [...] eine personelle Kontinuität in der Leitung der Gedenkstätte [...].

Fraktion BürgerBündnis der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Eine kommunale Stiftung wird als Trägermodell voll inhaltlich unterstützt, mit dem Ziel größtmögliche Eigenständigkeit und Flexibilität zu erlangen. [...]

Fraktion Die Andere der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Die Fraktion befürwortet die Weiterführung der Gedenkstätte in Trägerschaft einer selbstständigen kommunalen Stiftung. Nur so kann eine politische Unabhängigkeit [...] ermöglicht werden. Wir sprechen uns für einen personellen Neuanfang aus [Besetzung von Stellen mit Historiker/innen mit Referenzen in der Erforschung der NS-Zeit].

Fraktion Potsdamer Demokraten der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

[...] Eine Angliederung an die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten befürworten wir nicht, da diese mit ihrer Ausrichtung der Gedenkstätte Lindenstr. 54 nicht gerecht wird. An diesen Fragen sollte sich auch die Rechtsform der Gedenkstätte ausrichten. Geld und Personal sollten der wissenschaftlichen Arbeit zugute kommen und nicht in eine neue [eigene] Verwaltung gesteckt werden.

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Brandenburg Katte e.V.:

[D]ie Möglichkeit einer Stiftung unter Treuhänderschaft der Stadt Potsdam [ist] zu begrüßen. Allerdings sollte die Stadt im Rahmen der Stiftungssatzung und Stiftungsprogrammatik eine Lösung anstreben, wo nicht nur der Gründungsbeschluss durch die SVV gefällt wird, sondern auch entsprechende demokratisch legitimierte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte gewahrt bleiben. Eine Trägervereinslösung halten wir auf Grund unklarer Mehrheitsverhältnisse zwar für schwierig, dafür würde es aber die Gewähr bieten, dass auch künftig entstehenden Gruppen oder Initiativen eine Teilhabe ermöglicht wird [...].

MEMORIAL Deutschland e.V.:

[...] Wir möchten alle Entscheidungsträger bitten, sich für die Unabhängigkeit der Gedenkstätte einzusetzen, damit sich solche Vorgänge wie in der Leistikowstraße nicht wiederholen. [...]

SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Die Zielsetzung mit enormen Aufgabenvolumen erfordert eine möglichst hohe Selbstständigkeit in der zukünftigen Verwaltung der Gedenkstätte. Ob dies mit Hilfe einer Stiftung oder als selbstständige Einheit innerhalb der Kulturverwaltung der Stadt geschieht, ist juristisch und verwaltungstechnisch zu klären. Keine Synergieeffekte sind [...] von einer Einordnung in das Potsdam-Museum zu erwarten. [Es] fällt auf, dass die zukünftige inhaltliche Rolle bzw. die Zusammenarbeit mit dem Potsdam-Museum nicht erwähnt wird. Das ist jedoch nötig. [...]

SPD-Landtagsfraktion Brandenburg:

Die SPD-Landtagsfraktion sprach sich bereits im letzten Jahr dafür aus, die Gedenkstätte [...] aus dem Potsdam-Museum herauszulösen und in der Rechtsform einer unselbständigen kommunalen Stiftung oder vergleichbaren Form zu organisieren, Auf dieser Basis sollte die anteilige Förderung des Landes [...] ab 2013 verstetigt werden.

Stiftung Topographie des Terrors:

Das [...] Modell der öffentlichen Stiftung (z.B. Topographie des Terrors, Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Brandenburgische Gedenkstätten) hat in dieser ursprünglichen Form – die leider in neueren Stiftungen (Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt) zum Nachteil verändert wurde – große Vorteile und kann als Modell angesehen werden. Wichtig ist bei der Konzeption der Trägerschaft sowohl die wissenschaftlich-professionelle Beratung als auch das bürgerschaftliche Engagement mit Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten einzubinden.

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft und Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion:

Die von uns gewünschte enge Zusammenarbeit zwischen Zeitzeugen und Historikern scheint uns besonders notwendig auch für das Trägermodell der Gedenkstätte.

Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.:

[...] Aus unserer Sicht braucht die Gedenkstätte [...] eine größtmögliche Unabhängigkeit, um ihre Arbeit wirklich objektiv und allen gerecht werdend leisten zu können. Dies ist mit den vorgeschlagenen unselbstständigen Trägerformen nicht zu erreichen. [...] Im weiteren glauben wir, dass auch die dauerhafte Co-Finanzierung durch das Land Brandenburg bei der Entscheidung über die Trägerschaft eine Rolle spielen sollte.

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V.:

Wir plädieren für eine unselbständige Stiftung, um den landespolitischen Einfluss gering zu halten.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) Landesverband Berlin-Brandenburg:

[...] Wir halten [eine nicht-rechtsfähige kommunale Stiftung] derzeit für den optimalen rechtlichen Rahmen einer Trägerschaft für die Gedenkstätte in dem skizzierten Sinne. [...] [D]ie gewählte Rechtsform [soll] vor allem Bürgernähe, eine flache Hierarchie in der Verwaltung, Flexibilität und

die Fähigkeit, divergierende Sichtweisen zu integrieren, gewährleisten.

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. Land Brandenburg:

Die VVN-BdA wünscht sich [...] die Einbindung der Lindenstraße in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, weil [...] diese Stiftung international renommiert und der komplexen Geschichtsdarstellung fähig ist. [...] Sie verfügt über kompetentes Personal und ist aufgrund ihrer Kompetenzen und Kapazitäten die einzige Institution in Brandenburg, die eine Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung [...] adäquat betreuen kann. Die NS-Überlebenden haben an verschiedenen Stellen mit der SBG gute Erfahrungen im menschlichen Umgang und ihren Geschichten gemacht [...].

5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfsitzigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?

BStU:

Die Zahl der Beiratsmitglieder sollte erfahrungsgemäß nicht zu groß sein, [...]. Die Besetzung sollte u. E. entsprechend den beiden zeitgeschichtlichen Schwerpunkten des Hauses zu gleichen Teilen erfolgen [...]. Zu überlegen wäre, ob auch der Schwerpunkt politische Bildung/ Didaktik personell vertreten sein könnte.

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.:

Aus den Erfahrungen mit der Mitarbeit in verschiedenen Gedenkstättenbeiräten spricht sich unsere Bundesvereinigung für getrennte Beiräte für die Verfolgungsperioden von 1933-1945 und von 1945-1989 aus. Sollte es dennoch einen gemeinsamen Beirat geben, fordern wir eine paritätische Besetzung. Der Vorsitz sollte zwischen den Opfergruppen regelmäßig wechseln.

Dr. Petra Fuchs, Charité - Institut für Geschichte der Medizin und totgeschwiegen e.V.:

Im Rahmen adressatenspezifischer Konzepte und Vermittlungsformen, im Kontext inklusiver Pädagogik und der Auseinandersetzung mit der aktuellen gesellschaftlichen Realität bestehen Möglichkeiten, „Betroffene“ und deren Interessenvertretungen aktiv und direkt in die Strukturen der Gedenkstätte einzubinden. [...] Der Beirat sollte, was die Dokumentation der unterschiedlichen Perioden und die Repräsentation der jeweiligen Opfergruppen angeht, ausgeglichen besetzt sein. [...]

Fördergemeinschaft Lindenstraße 54:

[...] sollte der Beirat nicht zu groß angelegt sein, jedenfalls nicht über 12 Personen, wobei auch 8 ausreichen dürften. [...] In einem Beirat sollten jedenfalls vertreten sein: BStU, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“, die Landesbeauftragte, das ZZF, Memorial Deutschland e.V.

Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.:

Wir sehen in der vorgeschlagenen Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirates eine hervorragende Grundlage für die inhaltliche und fachliche Ausrichtung der Gedenkstättenarbeit. [...]

Fraktion BürgerBündnis der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Dem Vorschlag [...] wird zugestimmt. [E]ine Anzahl von 8 bis 10 Mitgliedern halten wir für ausreichend. Bei Bedarf sollten externe Berater hinzugezogen werden.

Fraktion Die Andere der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Wir sprechen uns für eine Schaffung getrennter Beiräte für die Verfolgungszeiträume vor und nach 1945 aus. Die Beiräte sollten jeweils zu gleichen Teilen aus Vertreter/innen von wissenschaftlichen Institutionen sowie von Opfer- und Interessenverbänden bestehen.

Fraktion Potsdamer Demokraten der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Wie in dem Konzept vorgeschlagen, sollten die Opfer- und Interessenverbände pp. in einen wissenschaftlichen Beirat eingebunden werden. Dieser Beirat sollte jedoch so wenig wie möglich Mitglieder haben, damit eine konstruktive Arbeit gewährleistet ist. [...] Energisch sprechen wir uns [...] gegen die Beteiligung des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes (VVN) im wissenschaftlichen Beirat aus. [...] Mit seiner Einbindung würde man Täter zu Opfern machen.

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Brandenburg Katte e.V.:

[...] Wir hielten es für besser, wenn man in einem Beirat nur die bürgerschaftlichen Vereine und Verbände sowie die Vertreter der Opferinteressen bündelt. [...] Die fachliche Zusammenarbeit [...] muss nicht institutionalisiert werden. Es ist es für die Unterstützung der Gedenkstätte evtl. sinnvoller, sich Gedanken über einen ggf. erweiterten Stiftungsvorstand zu machen, welcher dann gerade in der tagtäglichen Umsetzung der Leitlinien und Empfehlungen des Beirates kontinuierlichere Unterstützungsarbeit leisten könnte.

Alternativ, sofern der wissenschaftliche Beirat beibehalten werden soll, könnte man die Opferinteressen bzw. die bürgerschaftlichen Vereine auch in einem Gedenkstättenkomitee [...] bündeln, so dass auch eine weiterangelgte breitere Mitarbeit [...] ermöglicht wird. Abschließend möchten wir zu den vorgeschlagenen Mitgliedern des Beirates anmerken, dass wir auch hier als wichtigstes Vertreter zur Wendezeit vermissen. Deshalb schlagen wir gerade dazu die Gemeinschaft der Verfolgten des DDR Systems [...] vor. Außerdem muss auch dem gerade in Gründung befindlichen Häftlingsbeirat unbedingt eine Stimme eingeräumt werden. Weiterhin halten wir trotz der Probleme aus der Leistikowstraße eine Zusammenarbeit mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hier für ungemein wichtig, [...] Dabei muss aber auch von dort die Prämisse der Opfer nach 1945 weit mehr berücksichtigt werden. [...]

Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam:

Die vorgeschlagene Zusammensetzung des Beirates lässt noch nicht erkennen, dass die Anliegen der NS-Verfolgten adäquat repräsentiert sind. Dies gilt insbesondere für die Opfer der vom Erbgesundheitsgericht verfügten Zwangssterilisierungen. Unter den internationalen Kooperationspartnern wird das „Haus des Terrors“ Budapest genannt. [...] Eine künftige Kooperation sollte mit Blick auf Nutzen und Schaden dringend überprüft werden.

SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Potsdam:

Ein zukünftiger Beirat sollte paritätisch von (politischen) Stadt- und Landvertretern, Vertretern von wissenschaftlichen Einrichtungen (NS und DDR) (ZFF als Hauptpartner) sowie Opferverbänden besetzt werden. Zusätzlich ist ein Vertreter der Fördergemeinschaft zu benennen.

SPD-Landtagsfraktion Brandenburg:

Die in der Konzeption formulierten Aufgaben, Ziele und Prämissen bedürfen zur erfolgreichen Umsetzung einer breiten Akzeptanz. Daher ist es richtig, dass auch der wissenschaftliche Beirat diese Vielfalt widerspiegelt. [...]

Stiftung Topographie des Terrors:

Die in der Konzeption vorgeschlagene Zusammensetzung widerspricht dem Titel „wissenschaftlicher Beirat“, da auch Opferverbände, Vereine etc. berufen werden sollen. Es wird empfohlen, zum einen einen wissenschaftlich-professionellen Beirat zu etablieren, [...]. Zum anderen sollte ein gesellschaftlichen Beirat gegründet werden, [in dem] auch weitere Initiativen und Verbände, [...] z.B. Stadt- und Landesjugendring sowie Delegierte von anderen Bildungsträgern und engagierten Vereinen, u.a. die Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste e.V., vertreten sind. [...] Es ist dabei darauf zu achten, dass durch die Zusammensetzung der Beratungsgremien keine Gleichsetzung der verschiedenen Verfolgungsperioden präjudiziert wird.

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft und Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion:

Aus den genannten Gründen halten wir es auch für erforderlich, dass die Opferverbände im Beirat der Gedenkstätte vertreten sind.

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V.:

Im Beirat sollte sowohl der Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V., als auch diese selbst vertreten sein.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) Landesverband Berlin-Brandenburg:

[...] Eine Schlüsselrolle bei der Zusammensetzung des Stiftungs- oder Beirates im Hinblick auf die

Umsetzung der Konzeption kommt der angemessenen Einbeziehung der Betroffenen- und Opfergruppen und -organisationen zu. [...] Eine paritätische Besetzung sehen wir dabei als einen Ausdruck des gegenseitigen Respekts und der Kommunikation auf gleicher Augenhöhe an, nicht aber als einen Versuch, erlittenes Unrecht der jeweiligen Gruppen quantifizieren zu wollen. Die Repräsentanz jeder Gruppe sollte so groß sein, dass eine Pluralität der Vertretung gewahrt ist, und so begrenzt, dass eine Arbeitsfähigkeit des Gremiums gewahrt ist. Einen zwölfköpfigen Stiftungs- bzw. Beirat sehen wir als angemessen an.